

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtgirokonten Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilk, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hieke, Inh. Walter Hieke
Verantwortlich: K. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“
„Aus der Welt der Frau“, Illustrierte Sonntagsbeilage

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 79

Bad Schandau, Montag, den 4. April 1927

71. Jahrgang

Deutschland und Oesterreich

Deutsch-österreichische Wirtschaftsbeziehungen.

Von Dr. Felix Frank, außerordentlichem Gesandten und bevollmächtigten Minister der Republik Oesterreich in Berlin.

Der Anpassungsprozess, den die österreichische Wirtschaft, insbesondere die österreichische Industrie an die durch den Friedensvertrag geschaffenen neuen Verhältnisse durchführen mußte, hatte Schwierigkeiten zu überwinden, die in ihrer vollen Bedeutung im Auslande kaum erfasst werden können. Ein zollgeschützter Markt von 53 Millionen Menschen wurde auf 6 Millionen verengt, so daß die auf dem Territorium des heutigen Oesterreichs befindliche Industrie, wenn sie ihre Kapazität auch nur halbwegs ausnützen will, auf den Export angewiesen ist. Diesem wieder stehen zwei Hindernisse entgegen: die Abperrungstendenz der Nachbarstaaten, die zwar allmählich in ein Hochschuttsystem überging und dadurch kaum weniger exportfördernd ist, und zweitens die Schaffung neuer Industrien in den anderen, aus der alten Monarchie hervorgegangenen Nachbarstaaten, die zu einer Überindustrialisierung Mitteleuropas geführt hat. Alle diese Schwierigkeiten können natürlich nicht mit einem Schlage überwunden werden, sondern erfordern neben schmerzhaften Umstellungen und Anpassungen lange und harte Arbeit. Diese Arbeit muß aber im Interesse der wirtschaftlichen Bilanz Oesterreichs geleistet werden, weil die agrarische Produktion des heutigen Oesterreichs und die Produktion der für die Industrie lebenswichtigen Rohstoffe ein starkes Defizit aufweisen.

Die Bestrebungen in Oesterreich müssen daher zunächst darauf gerichtet sein, die agrarische Produktion zu fördern, um den Einfuhrbedarf an Lebensmitteln soviel als

möglich herabzudrücken — ein Gebiet, auf dem schon nennenswerte Erfolge erzielt wurden — und andererseits der industriellen Produktion durch eine kluge Handelspolitik den Weg ins Ausland soviel als möglich zu erleichtern.

Außerordentlich wichtig ist natürlich für Oesterreich das handelspolitische Verhältnis mit dem Deutschen Reich. Die Ausfuhr aus Deutschland nach Oesterreich belief sich im Jahre 1925 auf ungefähr 450 Millionen Schillinge, ungefähr ein Sechstel der gesamten Einfuhr nach Oesterreich; an der österreichischen Ausfuhr, die im selben Jahre die Wertziffer von rund 2 Milliarden Schillingen erreichte, beträgt der Anteil des Deutschen Reiches rund 300 Millionen.

Die erste vertragsmäßige Regelung zwischen dem Deutschen Reich und dem neuen Oesterreich erfolgte durch das Wirtschaftsabkommen vom 1. September 1920, das keine neue Tarifanlage enthält, sondern sich auf die Tarifposten des alten deutsch-österreichisch-ungarischen Handelsvertrages vom 25. Januar 1905 bezieht. Mehrfache Zusatzvereinbarungen haben für einzelne der wichtigsten Artikel neue Regelungen getroffen, und zwar nicht nur für Industrieartikel, sondern auch für den für die Alpenländer Oesterreichs sehr wichtigen Vieherport nach Deutschland.

Es ergibt sich aus dieser Darstellung, daß eine umfassende, den geänderten Verhältnissen, insbesondere dem neuen deutschen autonomen Zolltarif Rechnung tragende Regelung des handelspolitischen Verhältnisses zwischen den beiden Staaten noch nicht erfolgt ist. Die Ursache liegt in der allgemeinen Flüssigkeit und Unsicherheit der handelspolitischen Verhältnisse Europas überhaupt, wodurch der günstige Augenblick für eine durchgreifende Regelung der Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich noch nicht gekommen ist. Es ist jedoch mit Sicherheit zu hoffen und liegt auch in den Absichten beider Regierungen, diese Regelung sobald als möglich zu vollziehen.

Die Beschränkung der Luftrüstungen.

Für Abschaffung der militärischen Luftschiffahrt.
In der in Genf tagenden Vorbereitenden Abrüstungskommission legte bei der Debatte über die Luftabrüstung Graf Bernstorff eingehend den deutschen Standpunkt dar. Deutschland sei gegenwärtig von allen militärischen Luftstreitkräften völlig entblößt. Daher sei die deutsche Delegation in einer völlig unabhängigen Lage. Ein künftiger Krieg könnte im größten Ausmaße allein durch die sofortige Verwendung von Luftstreitkräften entfesselt werden. Je stärker die Luftstreitkräfte seien, desto größer sei die Bedrohung des Friedens. Daher müßten die militärischen Luftstreitkräfte bereits im Frieden möglichst beschränkt werden. Das Ideal sei die völlige Aufhebung der militärischen Luftschiffahrt.

Der entscheidende Faktor des Militärflugwesens liege in den Reserven, von denen die Bereitschaft bei Kriegsbeginn abhänge. Die zivile Luftschiffahrt spiele hierbei wegen der Schwierigkeiten der Verwendung zu Kriegszwecken eine untergeordnete Rolle. Für die Bewertung der Luftrüstungen seien allein entscheidend: 1. das Personal und das Material der Militärluftschiffahrt und 2. die ausgebildeten Reservisten und das Reservekriegsmaterial.

Abflauen des Balkankonflikts.

Gemeinsame Note der Großmächte.
Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ ist eine neue Wendung im Albanienkonflikt infolge eingetreten, als „eine Gruppe von Großmächten“ — gedacht kann dabei nur an Deutschland, England und Frankreich sein — an Italien eine gemeinsame Note richten würde, in der Italien aufgefordert werden solle, eine Erklärung abzugeben, daß es nicht die Absicht habe, die Unabhängigkeit Albanien anzutasten. In Paris hält man es angesichts der von Mussolini eingenommenen Haltung für sehr zweifelhaft, daß Italien ohne weiteres auf eine Einigung auf dieser Grundlage eingehen werde.

Die Pariser albanische Gesandtschaft läßt in der Presse die Nachrichten dementieren, nach denen die innerpolitische Lage in Albanien kritisch sei, der Kabinettschef des Ministerpräsidenten gestoben wäre und gegen Achmed Zogu Anklagen erhoben worden seien. Alle diese alarmierenden Nachrichten, so sagt das Dementi, würden von den Gegnern des jetzigen Ministerpräsidenten verbreitet.

Die halbamtliche türkische „Milliet“ schildert in einem ausführlichen Artikel die außenpolitische Einkreisung Jugoslawiens, die sie als einen den Frieden gefährdenden Triumph der italienischen Politik hinstellt. In anderem Zusammenhang wird betont, daß die Türkei sowohl atlantische wie europäische Macht ist und in einem etwaigen Balkanbunde nicht fehlen darf, wenn derselbe wirklich der Konsolidierung des Friedens und nicht den Interessen einer einzelnen Macht dienen soll.

Die Gewerkschaftsinternationale zum Italien- und China-Konflikt.

Paris, 3. April. Heute vormittag traten im Sitzungssaal der französischen Sozialistischen Partei in Paris die Büros der Sozialisten und die Gewerkschaftsinternationale zusammen. Den Vorsitz führte der Generalsekretär der Internationale Friedrich Adler. Die Sozialistische Partei Deutschlands war durch Wels vertreten. Die Vormittagsitzung war der Erörterung der italienisch-jugoslawischen Spannung gewidmet, von der der jugoslawische Delegierte einen längeren Bericht erstattete. Die Internationale nahm eine Entschliebung an, daß der Völkerbund sich mit der Angelegenheit beschäftigen solle. Die verschiedenen Redner unterstützten die von Jugoslawien angenommene Haltung und übten teilweise heftige Kritik an Italien, das sich der adriatischen Küste bemächtigen wolle. Als weiterer Punkt standen auf der Tagesordnung die Ereignisse in China. Die Sozialisten sprachen sich zugunsten der chinesischen Unabhängigkeit aus. Die Exekutive der Internationale verlangte, daß die Sozialisten aller Länder am 1. Mai Kundgebungen gegen den Faschismus, wie für die Unabhängigkeit Chinas und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den 8-Stunden-Tag veranstalten sollen.

Bulgarien verlangt Aufhebung der Militärkontrolle.

Sofia, 4. April. Auf den Antrag bulgarischer Abgeordneter aller Parteien, die Regierung möge Maßnahmen treffen, um eine beschleunigte Aufhebung der internationalen Militärkontrolle zu erreichen, antwortete Minister Burzoff, daß die Regierung schon in dieser Hinsicht Schritte unternommen habe. Die Vorkontrollen würden ihre Entscheidung treffen, wenn der Revisionsbericht der Kontrollorgane eingegangen wäre. Falls Paris keine günstige Entscheidung treffen sollte, so wäre dies eine Nichtwürdigung der bulgarischen Loyalität und würde beim Volke tiefste Entrüstung auslösen. Die Ausführungen des Ministers wurden von allen Parteien mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Karol darf nicht nach Rumänien.

Paris, 4. April. Wie der Petit Parisien zu melden weiß, ist der Antrag des Exkronprinzen Karol auf Einreise nach Rumänien zum Besuch seines sterbenden Vaters abgelehnt worden.

Wiederaufkommen des Marokkoaufstandes.

Paris, 4. April. Die letzten aus Spanisch-Marokko vorliegenden Nachrichten lassen erkennen, daß die Aufstandsbewegung immer größeren Umfang annimmt. So ist seit Tagen eine spanische Gruppe von 400 Mann Aufständischer umzingelt. Drei neue Stämme haben sich den Aufständischen angeschlossen. In Cerga traf ein spanischer Verwundetentransport mit 87 Mann ein, die in den letzten Kämpfen außer Gefecht gesetzt wurden.

Für eilige Leser.

* Das Junkers-Großflugzeug G 31 ist Sonntagmittag von seiner südeuropäischen Reise von Spanien über Barcelona, Lyon, Karlsruhe nach Dessau zurückgekehrt.

* Oesterreich hat seine Bereitwilligkeit zur Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei bekanntgegeben. Die österreichische Abordnung tritt morgen in Prag ein und wird zu der tschechoslowakischen Antwort Stellung nehmen.

* Ende nächster Woche beginnt in Warschau ein Weltkongreß der Missionare, an dem über hundert Missionare teilnehmen werden. Mehrere deutsche Theologen sowie evangelische Geistliche haben sich zur Teilnahme an dem Kongreß gemeldet.

* Die Warschauer Presse gibt eine sensationelle Meldung der in Riga erscheinenden lettischen Zeitung „Jannakas Sinias“ wieder, wonach die litauische Regierung beschlossen habe, aus dem Völkerbund auszutreten. Eine entsprechende Mitteilung soll angeblich bereits dem Generalsekretär des Völkerbundes zugegangen sein.

Das arme Flandern.

Von Dr. F. Kellef-Basel.

Kürzlich ließ der Bischof von Brügge auf den Kanzeln seines Bistums ein Hirtenschreiben verlesen, in dem die flämische Bewegung als eine Auflehnung gegen die kirchliche und staatliche Gewalt gebrandmarkt wurde. Damit war jedoch nicht die flämische Bewegung im ganzen gemeint, vielmehr wandte sich der Bischof nur gegen die extreme Strömung, die Flandern unabhängig machen will. Es ist begreiflich, daß eine solche Bewegung, die bei kleiner Anhängerzahl doch eine große Stofkraft besitzt, den kirchlichen und staatlichen Behörden mißfallen muß. In den folgenden Erörterungen wird auch nur von jenen flämischen Sonderbestrebungen gesprochen, die Flandern innerhalb Belgiens auf gefeßlichem Wege die Selbstverwaltung verschaffen möchten.

Der Brief des Bischofs hat den guten Erfolg, daß endlich wieder auch einmal in der Auslandspresse von Flandern gesprochen wird. Die Berichterstatter, die in der Nähe des Hofes und der politischen Führer leben, erfahren selten etwas von den Stimmen, die aus der Tiefe der Volksseele dringen. Diese Stimmen haben den Zweck, das Schweigen zu brechen. Sie stammen von einem neutralen Beobachter und sind von keiner Parteileidenschaft verwirrt.

Noch im 16. Jahrhundert besaß das flämische Volk eine stammesübliche und glänzende Kultur. Baukunst, Malerei, Plastik, Musik und Dichtung erlebten eine Blütezeit, die von einer kräftigen Lebenswillen Zeugnis ablegte. Die künstlerischen Werke jener Zeit vermochten darum bis auf unsere Zeit zu leben, weil das Blut eines gefunden Schlages in ihnen pulsierte.

Dann aber wurde es anders. Nachdem Kaiser Karl V. Flandern verlassen hatte, brach das Verhängnis herein. Durch Kriege und Kriege wurde das Land verarmt. Man wollte ihm Daseinsbedingungen aufzwingen, die ihm nicht angemessen waren. Es wurde unfruchtbar. Das Volk verarmte. Jahrhunderte stürmten mit Seeresgewalten, mit Hunger und Pest durch die flandrische Ebene und machte sie zum Schlachtfeld Europas. Aber keine Unterdrückung vermochte die Eigenart des Volkes völlig zu vernichten. In seiner Sprache, in seinen Sitten und Gebräuchen lebte es sich frei.

Als Belgien 1830 erwachte, kam die Rettung aus dem Elend. Der Zorn der Kämpfer richtete sich gegen Holland und damit gegen das niederländische Wesen überhaupt, von dem doch die Flamen einen Teil ausmachten. Im neuen Königreich Belgien wurde dann Flandern wie ein erobertes Land behandelt. Minister Renkin, sicher kein Flamenfreund, sagte einmal darüber: „Die Flamen werden in Belgien nicht als ein freies, sondern als ein besiegtes Volk behandelt.“

Die aufeinander folgenden Regierungen, die zum größten Teile stets aus Wallonen und französischgesinnten bestanden, strebten darnach, die Worte zu verwirklichen, die 1834 durch den damaligen Minister Rogier niedergeschrieben worden sind: „Man wird von jetzt an das germanische Element — die Flamen also — aus Belgien austrotten, und unsere Regierung muß mit all ihren Kräften darnach streben, die flämische Sprache zu vernichten, um die Vereinigung von Belgien mit unserem größeren Vaterland, Frankreich, vorzubereiten.“

Das ist in der Folge auch das Ziel des zentralisierenden Belgiens geworden: Man wollte auf künstlichem Wege ein Volk aus den zwei Rassen machen, die infolge diplomatischer Berechnungen den politischen Begriff „Belgien“ darstellen. Zu diesem Zweck haben die verschiedenen belgischen Regierungen das ganze öffentliche Leben französisiert, Behörde, Gericht, Meer und Schule. Die Folgen davon sind leider nicht ausgeblieben, und dicke Bücher könnten mit Anklagen gegen das zentralisierende System gefüllt werden.

Im Unterricht zum Beispiel zählt Wallonien mit einer beinahe um eine Million kleineren Bevölkerung 1728 Elementarschulen mehr als Flandern. Die flämischen Schulen sind überfüllt, und naturgemäß wird dadurch die geistige Entwicklung der Jugend benachteiligt. In den Mittelschulen und Atheneen empfangen die flämischen Schüler kaum ein Viertel der Lehrstunden in ihrer Sprache. Der Unterricht an den vier Hochschulen des Landes war bis vor einigen Jahren ganz französisch. Löwen richtete zuerst flämische Vorlesungen ein. Um Gent wurde lange und mit Erbitterung gekämpft. Opfer an Geld und Blut wurden gebracht. Wohl wird nun ein großer Teil der Vorlesungen flämisch abgehalten, aber zu einem unüberprüfbareren und end-